

Archaische Straftat

Zu: „Sehnsucht nach dem unversehrten Körper“, FR-Magazin vom 6.2.

Am Internationalen Tag gegen weibliche Genitalverstümmelung wurde von dem Autor Philipp Hedemann am Beispiel einer jungen Somalierin eindringlich geschildert, wie noch immer jährlich Hunderttausende Mädchen von diesem grausamen Verbrechen an ihrem Körper bedroht sind.

Bei den Hilfsorganisationen, Beratungsstellen und UN-Menschenrechtsorganisationen, die sich in Form von „Schutzbriefen“ gegen die Beschneidung von Frauen engagieren, fehlt ein ganz besonderer Name: Rüdiger Nehberg. Der im vergangenen Jahr gestorbene Menschenrechtler und Abenteurer kämpfte zusammen mit seiner Frau jahrelang gegen weibliche Genitalverstümmelungen. In seinen unzähligen Aktivitäten und Kampagnen machte er deutlich, dass diese Praxis mit dem Koran und der Ethik des Islam unvereinbar sei.

2006 initiierte er eine Konferenz hochrangiger islamischer Gelehrter in Kairo, die er schließlich davon überzeugen konnte, dass es sich bei der weiblichen Genitalverstümmelung um eine archaische Straftat handelt. Sein großer Traum war, im Jahre 2020 in Mekka, dem heiligsten Ort der Muslime, spektakuläre Proteste zu starten. Tragischerweise kam ihm der Tod zuvor. Der von ihm gegründete Verein „Target“ – der für sein Lebenswerk und sein Lebensthema steht – wird von seiner Frau und ihren Kindern weiter geführt.

Christa Rosenberger, Sulzbach

Armer Erzbischof!

Zu: „Woelki kann sich Rücktritt vorstellen“, FR-Politik vom 8. Februar

Man lese und staune: Der Kölner Erzbischof Rainer Maria Woelki kann sich also durchaus vorstellen zurückzutreten, falls ein neu bestelltes zweites Gutachten ihm ein pflichtwidriges Verhalten attestiert. Hat er kein eigenes Verantwortungsbewusstsein? Wie steht es um seine Glaubwürdigkeit? Armer Erzbischof. Arme katholische Kirche!

Martin Schallert, Schöffengrund

Diskussion: frblog.de/kniefall

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210208.

Sexueller Missbrauch im Medizinbetrieb: Die FR-Redaktion recherchiert und sucht Betroffene, die berichten wollen, was ihnen widerfahren ist. Bitte lesen Sie: frblog.de/uebergreif



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

Altmaier will Tafelsilber verschleudern

Soll der Staat Unternehmensbeteiligungen verkaufen? „Skurriler Vorschlag“ Altmaiers; FR-Wirtschaft vom 2. Februar

Geld ist genug da, aber es ist falsch verteilt

Wie oft sollen wir die Pandemie bezahlen? Erstens in der Vergangenheit mit der Privatisierung der Krankenhäuser, dem Pflegenotstand, dem daraus folgenden Stress des überlasteten Gesundheitssystems, weil Geld für die Aktionäre aus dem System gezogen wurde? Dann die (notwendige und sinnvolle) staatliche Unterstützung der leeren Restaurants, Kulturbetriebe, die Fluggesellschaften oder Autofabriken in Kurzarbeit, die ergänzende Sozialhilfe, weil die Kurzarbeit-Gehälter natürlich nicht zum Lebensunterhalt reichen? Und dann die nicht beschulten Kinder, von denen besonders die Kinder ohne entsprechendes Elternhaus ein Jahr nahezu keine Schule hatten, bei denen die Beschulung vom persönlichen Engagement der Lehrerinnen und Lehrer abhing und nicht von der vorhandenen Infrastruktur in den Schulen (denken wir doch alle an die kaputten Toiletten und Overheadprojektoren aus unserer Schulzeit, die sind immer noch kaputt oder marode, neben den

Heizungen, die Liste, die in den letzten 30 Jahren entstanden ist, kann noch beliebig lang verlängert werden). Neben den ganzen persönlichen, nicht bezifferbaren Sozialkontaktbeschränkungen.

Und nun denkt Herr Altmaier darüber nach oder lässt nachdenken, stellt es mal in den Raum, dass Bundesbeteiligungen verkauft werden sollen? Damit wir es schon mal gehört haben? Weil das so günstig ist? Weil sich die ganzen ppp-Projekte so rentiert haben? Oder weil die breite Masse das bezahlt und wieder, denn irgendjemand muss das ja kaufen, Geld von unten nach oben verteilt wird? Und wieder ein Puzzle mehr getan ist, um Gewinner aus der Krise zu erzeugen? Wir schaffen durch unsere Arbeitskraft den „Wiederaufbau“ auch nach Corona. Wir wollen das, dafür habe ich Geduld. Und bevor irgendwelches Tafelsilber verschleudert wird, könnte eine klitzekleine Vermögenssteuer Bares beisteuern. In Deutschland besitzt ein Prozent der Wohlhabenden mehr als 80 Prozent des Nettovermögens. Geld ist da, nur woanders.

Ursula Langer, Wiesbaden

Privatisiert das Wirtschaftsministerium!

Faschingszeit! Dazu noch zwei Beispiele: 1. Privatisierung des Wirtschaftsministeriums. Wäre ein guter Job für Friedrich Merz. Sitz dann in New York (bei Lawrence D. Fink in dessen Blackrock Building) oder in Arnstberg bei Merzens zu Hause (Flugplatz in der Nähe). 2. Privatisierung der Bundeswehr; ideal für Leute, denen die Silvesterknallerei schon lange nicht mehr ausreicht.

Sicher ist jedoch, dass die Privatisierung der noch für die Gemeinschaft zu erbringenden Dienste dann von uns „kleinen Leuten“, den 90 Prozent der hier Lebenden, finanziert werden wird. Durch höhere Gebühren, Verringerung des dabei beschäftigten Personals sowie schlechtere Bezahlung derjenigen, die die zum Erfolg führenden Leistungen erbringen. Dazu gehört mit Sicherheit nicht das Management, das bedient sich in den Konzernen ja selbst; wie üblich. Rolf Früdiger Traub, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/laschet

Gerechtigkeit muss immer noch erkämpft werden

Holocaust-Gedenken: „Wer es ernst meint, der zahlt auch etwas“ und „Erinnerung muss lebendig gehalten werden“, FR-Tagesthema vom 8.2. und -Feuilleton vom 27.1.

Die Ostbahn stellte die Züge zur Verfügung

Dem Rechtsanwalt Axel Hagedorn kann man nur viel Glück für seinen Versuch wünschen, endlich eine angemessene Entschädigung für die noch lebenden Holocaustopfer und deren Hinterbliebenen zu erreichen. Die ewige Wiederholung der DB-Verantwortlichen, die DB sei kein Rechtsnachfolger der DR, ist eine der übelsten Schutzbehauptungen. Nahezu das gesamte Führungspersonal der DR wurde nach dem Krieg von der DB übernommen einschließlich Vermögen, sprich: Schienennetz, Grundstücke und Bahnhöfe. Allein die Karriere des Präsidenten der Generaldirektion der Ostbahn in Krakau, Adolf Gerteis, ist erstaunlich. Damals (1940 bis 1945) war er maßgeblich an der Ermordung von Millionen europäischer Juden, Sinti und Roma mitverantwortlich dadurch, dass die Ostbahn die Züge in die Vernichtungslager zur Verfügung stellte.

Gerteis war seit 1936 NSDAP-Mitglied. Das war aber kein Hindernis, ihn 1950 zum Vizepräsidenten der DB zu ernennen. Als er 1952 in den Ruhestand ging, hat man ihm noch das „Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland“ umgehängt. Den in Ihrem Artikel angesprochenen Damen bei der DB und dem Bundesfinanzministerium empfehle ich, die „Entschädigungsanfragen resp. Absagen“ allein der Sinti und Roma durchzulesen.

Erschreckend an der ganzen Sache ist, dass immer noch um Gerechtigkeit gekämpft werden muss. Linke, Grüne und FDP be-



Menschen hören am Holocaust-Gedenktag für Sinti und Roma in Auschwitz-Birkenau den Reden zu. AFP

fürworten Entschädigung – so die Überschrift. Herr Salo Muller wird sich freuen; nach 76 Jahren!

Günther Rohr, Rodgau

Quellen und Orte für das Gedenken

Vor kurzem habe ich einen Artikel von Edmund Leites über seinen Vater Nathan gelesen. Er berichtet darin, dass ihn zwei Deutsche in den USA aufgesucht hätten, um etwas über seinen Vater zu erfahren, der in Heidelberg studiert hatte und später als Jude emigriert hatte. Leites jun. meint, dass die deutschen Besucher das „verlorene Deutschland“ suchten bzw.

versuchten, den Teil der Bevölkerung zurückzugewinnen, dessen Verlust schmerzte. Leites vertritt die Ansicht, dass die Deutschen trauern müssten, dass Trauern eine Art des Zurückgewinnens sei. Man hätte dann das Verlorene im Geiste, man mache es zum „Unrigen“. Was passiert aber, wenn man unfähig zum Trauern ist (Mitscherlich 1967), nicht aus Verdrängung, wie die Mitscherlichs meinen, sondern weil man gar keinen Verlust erlitten hat oder dies zumindest glaubt? Was geschieht, wenn so jemand zum Trauern gezwungen wird? Frau Assmann betont zu Recht, dass man Quellen, Orte zum Trauern,

zum Erinnern bräuchte, auch weil die Überlebenden des Holocaust langsam versterben. Quellen, Orte machen es leichter, sich zu erinnern, zu trauern. Aber helfen Quellen, Orte, wenn ich gar nicht trauern will, nicht erinnert werden möchte? Wäre es nicht hilfreich (nicht als entweder oder zu verstehen), wenn ein Trauerprozess über das Verlorene einsetzen würde? Denn dann hat jeder Einzelne, sofern man Leites folgen mag, für sich etwas Verlorenes „im Geiste“. Würde dies nicht gegen das Vergessen helfen und wäre man darüber nicht besser vor Antisemitismus gefeit?

Rüdiger Erdmann, Pattensen